

Plötzlicher Tod

Nach Idi Amins Sturz morden die Sieger weiter. Mehr als hunderttausend Bürger sollen umgekommen sein.

Mittags kamen die ersten Verletzten – drei Kinder, elf, sechs und fünf Jahre alt, und ein Mann, alle mit schweren Dolchverletzungen. Wir fanden die breite Spur von den vielen Soldatenstiefeln im Schlamm, zwei Verletzte und mindestens zwanzig Tote, darunter zwei Frauen, die mitsamt ihren Babys auf dem Rücken ermordet wurden. Ein Toter hatte noch die aufgeschlagene Bibel in der Hand.

Lagebericht einer Augenzeugin aus Uganda im Jahre sechs nach der Befreiung.

Der Massenmörder Idi Amin wurde 1979 verjagt. Doch das Morden ging weiter. In den fünfeinhalb Jahren seit Amins Sturz, so gab kürzlich Elliot Abrams, US-Unterstaatssekretär für Menschenrechte, bekannt, sollen in Uganda über 100 000 Menschen ermordet worden sein. Es entspricht der Tötungsquote der Amin-Ära.

Die neue Tyrannei unterscheidet sich von der alten nur dadurch, daß sie keinen Tyrannen hat. Präsident Apollo Milton Obote fehlt es an der apokalyptischen Konsequenz, die Big Daddy Amins Menschenjagden auszeichnete. Der ließ planmäßig halbe Völkernschaften ausrotten, die ihm im Wege standen. Staatschef Obote dagegen ist hilfloser Zuschauer der Mordorgien, die seine Soldateska unter der Zivilbevölkerung anrichtet.

Die ugandischen Streitkräfte waren nach dem Sturz der Amin-Diktatur in aller Eile aus Arbeitslosen, Flüchtlingen, Regimegegnern und entlassenen Sträflingen zusammengestellt worden. Sie sollten nach einer Übergangsphase die Soldaten der tansanischen Invasionsarmee ablösen und „eine neue Ordnung aufbauen“ (Obote). Weil die neue Republik kein Geld hatte, um ihre Ordnungsgeldstreitmacht zu bezahlen, begannen die Soldaten indes, ihren Sold bei den Zivilisten einzutreiben.

An diesem Brauch hat sich seither nichts geändert. Soldatentrupps kassieren in willkürlich ausgewählten Geschäften der Hauptstadt Kampala mit vorgehaltener Maschinenpistole die Tageseinnahmen. Pioniere knacken die Mauern von Privathäusern mit Mörsern und geballten Dynamitladungen und machen die Einwohner nieder, wenn sich Wider-

stand rührt. In Radio und Zeitungen häufen sich Todesmeldungen.

Auch Ausländer bleiben von dem Terror nicht unbehelligt. Im Januar wurden am helllichten Tag nicht weit vom „Victoria-Nyanza-Segel-Club“ drei Schweizer und ein Engländer erschossen.

Die schlimmsten Barbareien werden aus dem „Luwero-Dreieck“ gemeldet, dem schwer zugänglichen Buschland nördlich von Kampala, in dem die Guerilleros der „Nationalen Widerstandsarmee“ (NRA) unter dem Kommando des abtrünnigen Obote-Gefolgsmannes Yoweri Museveni sich verkrautet haben. Museveni nutzt den Unmut aus, der durch Obotes rigorosen Zentralismus freigesetzt wurde.



Massengrab in Uganda
Terrorkonzept aus Fernost

Der hatte bereits während seiner ersten Amtszeit das alte Königreich Buganda zerschlagen und Buganda-König Mutesa II. ins britische Exil vertrieben. Nach seinem von den Tansaniern eingefädelten Comeback hatte er Ende 1980 zwar die „nationale Versöhnung ohne Rücksicht auf Stammesunterschiede“ proklamiert. Aber der Haß zwischen den Baganda und den Niloten ließ sich mit bloßen Worten nicht aus der Welt schaffen.

Wo im einzelnen die Fronten zwischen den konkurrierenden Widerstandsbewegungen verlaufen, wissen auch altgediente Uganda-Beobachter im benachbarten Kenia nicht. Neben Museveni – und dem in Saudi-Arabien residierenden Amin – beanspruchen auch die zwei von Obote ausgebooteten Ex-Präsidenten Jussuf Lule und Godfrey Binaisa die Präsidenschaft in Kampala.

Museveni verfügt über die meisten Kämpfer – und offenbar auch über die besten. Am 20. Februar überfielen NRA-Verbände die Garnison der Stadt Masindi und erbeuteten 15 Lastwagen, fast 800 Gewehre und riesige Mengen Munition. Im Juni eroberte die NRA mühelos die Stadt Hoima. Museveni trug sich ins goldene Buch der Stadt ein, hielt eine feurige Rede an die Bevölkerung und zwang auch den zufällig anwesenden Arbeitsminister zuzuhören.

Die hoffnungslos demoralisierte und desorganisierte Armee stößt bei ihren Gegenangriffen ständig ins Leere. Weil sie den Gegner nicht fassen kann, hält sie sich an Unschuldigen schadlos. Sie hat eine Hungerblockade über das Luwero-Dreieck verhängt und versucht, den Rebellen nach dem Prinzip der verbrannten Erde die Existenzgrundlagen zu entziehen. Auch das Deutsche Komitee Notärzte hat Mühe, seine Hilfslieferungen für die unschuldige, belagerte Bevölkerung durchzubekommen.

Das amtliche Terror-Konzept stammt aus Fernost. Nordkoreanische Militärs, die Obote als Trainer für seine verlorner Armee ins Land geholt hatte, rieten, den Feind auszuhungern, wenn man ihn schon nicht in die Knie zwingen könne. Die Ugander in Uniform legen das koreanische Konzept nach eigenem Gutdünken extensiv aus. Sie verwüsten Felder, brennen Dörfer nieder und führen sich auf wie Besitzer im eigenen Land. So wüteten sie im Mai in Namugongo, wo einst Papst Paul VI. zu Ehren der dort im Jahre 1885 lebendig verbrannten 45 christlichen Märtyrer einen Gedenkstein gesegnet hatte.

Nach einem Überfall von „Banditen“ (Armee-Code für Rebellen) auf die nahe gelegene Satellitenbodenstation trieben Soldaten die Dörfler zusammen und schossen und stachen wahllos auf sie ein. Eine Reihe von Theologiestudenten aus Namugongo wurden verhaftet, einige erschossen. Insgesamt starben rund hundert Opfer. Partisanen waren nicht darunter.

Das Massaker von Namugongo löste einen geharnischten Protest aus Washington aus. Doch Milton Obote fühlte sich zu Unrecht geschurigelt. Er kündigte im ersten Zorn ein Abkommen, das die Ausbildung von ugandischen Offizieren in den Vereinigten Staaten vorsieht. Über seinen Informationsminister, David Anyoti, ließ er mitteilen, der Bürgerkrieg habe bislang lediglich 15 000 Tote gekostet. Einige Soldaten, so gab Anyoti immerhin zu, hätten „Dinge getan, die sie besser nicht hätten tun sollen“.

Die britische Regierung zeigte sich abgehärtet. Sie erklärte nach der Veröffentlichung der ugandischen Horrostatistik vorige Woche, sie halte die Mordzahlen für übertrieben. Das war zufällig einen Tag, bevor in Kampala Vertreter der beiden Länder ein Militärhilfsabkommen unterzeichneten.